

Eine besondere Unterstützung ist ihnen gerade diesbezüglich auch aus der Schulaufsicht heraus zuteil geworden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin!

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Die ersten Ergebnisse haben wir bereits gesehen. Dann kommen Sie bitte nicht her und sagen, diese Landesregierung habe einen massiven Marsch gegen die Gesamtschulen in Gang gesetzt. Das Gegenteil ist der Fall. Uns sind alle Schulen, die wir haben, lieb. Wir reden bei keiner Schulform von dem Reiten eines toten Pferdes, Frau Beer.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat nun Frau Kollegin Beer das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren! Es ist schön, dass man sich gar nicht aufregen muss, wenn man sich Frau Pieper-von Heiden anhört. Man kann es ganz gelassen sehen. Denn die Frage der Wahrnehmung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die Frage der Wahrnehmung von gelungener Praxis hinsichtlich gemeinsamen Lernens im Inland und im Ausland werden wir heute und in Zukunft nicht mehr mit Frau Pieper-von Heiden beantworten können. Deswegen sollte sie in der Bildungspolitik keine Rolle mehr spielen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Über die Fehlsteuerung von Ressourcen im Haushalt, Frau Pieper-von Heiden und liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, müssen wir in der Tat reden,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben Fehlwahrnehmungen!)

weil es nicht sein kann, dass die wichtigen Mittel, die wir hier im Land aufbringen, in Schulformgräben versickern.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann ändern Sie die Verhältnisse in der Gesamtschule!)

Vielmehr müssen wir die Mittel in effiziente Strukturen überführen, die gemeinsames Lernen und individuelle Förderung ermöglichen.

Herr Witzel, Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Gesamtschuloberstufen in diesem Land zwar wunderbar etabliert sind, Ihre Kollegin beim VBE

(Ralf Witzel [FDP]: Da sagt der Landesrechnungshof aber etwas anderes!)

aber verkündet, dass die FDP die Gesamtschuloberstufen abschaffen möchte. Das ist die Realität in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie behindern damit Jugendliche und machen ihre Bildungschancen kaputt,

(Ralf Witzel [FDP]: Es geht um Qualität!)

obwohl wir hier doch deutlich haben feststellen können, dass Kinder und Jugendliche, die zu 75 % keine Gymnasialempfehlung hatten, an Gesamtschulen erfolgreich das Abitur, das Zentralabitur ablegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Vornotenlifting!)

Dass Sie das in Ihrem gelben Privilegienclub nicht wahrhaben wollen, sagen Sie hier noch einmal ganz deutlich. Herr Witzel, auch Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Lachen von CDU und Ralf Witzel [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Gut, dass Sie das nicht zu entscheiden haben!)

Ja, die Zeit der unsozialen Politik, die durch Sie befördert wird, des Privilegienclubchens, geht zu Ende. Dafür können wir in diesem Land dann auch dankbar sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Alle Umfragen zeigen, dass Sie am Ende sind!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen mir nicht vor. Auch ein Blick in die Runde widerlegt das nicht.

Eine Abstimmung führen wir jetzt nicht durch, denn wir sind momentan noch in der abstimmungsfreien Phase. Nach der Beratung des Einzelplans 06 kommen die Änderungsanträge zum Einzelplan 05.

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Dieser Einzelplan umfasst drei Teilbereiche: „Innovation und Technologie“, „Wissenschaft“ und schließlich „Forschung“.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung 14/10206 und die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 21 bis 23 in der auf den Tischen ausgelegten Vorlage.

Ich eröffne die Beratung über alle drei vorgenannten Teilbereiche.

Zunächst darf ich für die Fraktion der SPD dem Abgeordnetenkollegen Schultheis das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsentwurf, der zur Beschlussfassung ansteht, ist im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Wochen, und nicht nur der letzten Wochen, sondern mit der Entwicklung unseres Hochschulsystems insgesamt, zu sehen.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Denn wir müssen feststellen, dass die ordnungspolitischen Vorstellungen der Koalition und von Herrn Minister Pinkwart an ihre Grenzen stoßen.

(Beifall von der SPD)

Das spiegelt sich sowohl in dem Haushalt als auch im Zusammenhang des Haushalts mit dem NRW-Hochschulgesetz wider. Dieses Gesetz trägt aus unserer Sicht einen Namen, den es so nicht verdient.

(Beifall von der SPD)

Insofern geht es um eine Bewertung dieses Haushalts vor dem Hintergrund der Entwicklung, mit der wir uns auseinandersetzen müssen und sich natürlich auch die Landesregierung auseinandersetzen muss.

Herr Minister Pinkwart, ich zitiere Ihren Kollegen Stratmann, den CDU-Wissenschaftsminister des Landes Niedersachsen. Der sagt – mit Genehmigung der Präsidentin zitiere ich –:

Wir als Politiker haben den Hochschulen zu viel zugetraut. Wir haben ihre Autonomie respektiert und gefördert. Wir haben aber verkannt, dass die Hochschulleitungen oft gar nicht in der Lage waren, eine vernünftige Reform gegen die Vielzahl von Einzelinteressen und Gremien durchzusetzen. Vielfach haben die Lobbyisten der Teildisziplinen triumphiert, die ihre Inhalte in allen infrage kommenden Modulen bis ins Detail unterbringen und abgeprüft sehen wollten. Darum muss die Politik die Zügel wieder stärker in die Hand nehmen.

Dieses Zitat spiegelt eine Entwicklung wider, die wir schon befürchtet haben, als es darum ging, das NRW-Hochschulgesetz in Gang zu bringen, nämlich dass sowohl das Landesparlament als auch die Landesregierung zunehmend an Gestaltungsmöglichkeiten für den Hochschulbereich verlieren. Wir haben den Eindruck, dass die Landesregierung überhaupt keinen genauen Überblick mehr darüber hat, was in unseren Hochschulen geschieht. Das

zeigen auch die Studierendenproteste der letzten Wochen.

(Beifall von der SPD)

Das Volumen des Wissenschaftshaushalts steigt nach den Angaben des Wissenschaftsministeriums um 3,8 %. Das ist natürlich ein wohklingender Prozentsatz, aber man muss sehen: Wie kommt es zu diesen Mehreinnahmen? Wer zahlt diese Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben für den Wissenschaftshaushalt?

Herr Minister Pinkwart hat in der Sondersitzung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie in der vergangenen Woche darauf hingewiesen, dass seit 2005 rund 600 Millionen € mehr in die Hochschulen fließen. Das war natürlich als besonders positive Bilanz gedacht, die dort vorgelegt werden sollte.

Doch wir müssen fragen: Wer zahlt dieses Mehr von 600 Millionen € seit 2005?

Fast die Hälfte dieses Mehr zahlen die Studierenden in Nordrhein-Westfalen über ihre Studiengebühren.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Hört, hört! Tolle Leistung!)

Wir können davon ausgehen, dass dies in diesem Jahr dann 260 Millionen € sein werden. Die Zahl schwankt immer ein wenig, aber das ist die Planungsgröße.

Wir müssen feststellen, dass die Hochschulen – das ist auch in dieser Sondersitzung deutlich geworden – die Mittel aus dem Hochschulpakt als zusätzliche Mittel für ihren ganz normalen Hochschulhaushalt einsetzen und überhaupt nicht nachgewiesen wird, dass hierdurch zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Auch hier zeigt sich, dass die ordnungspolitische Richtung einem Minister gar keine Handhabe mehr gibt, das, was gewollt ist, durchzusetzen.

Außerdem wird die starke Zunahme an prekären Beschäftigungsverhältnissen sowohl bei den nichtwissenschaftlichen als auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Hochschulen in den nächsten Jahren schwerwiegend begleiten. Dies bedeutet im Endeffekt auch eine Minderung der Qualität von Studium und Lehre und bei den Angeboten der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. Das ist eine fatale Entwicklung.

Es kann nicht sein, dass sich unterhalb der Ebene der Professorinnen und Professoren ein großer Bereich von prekären Beschäftigungsverhältnissen aufbaut. Das geht zulasten der Studierenden und der Hochschulen und ihrer Qualität insgesamt.

Der Haushalt insgesamt lässt den Grundsatz von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit vermissen, was auch schon Thema bei der Beratung des vorhergehenden Einzelplans 05 war:

Sie sehen in diesem Haushalt zwei globale Minderungen vor.

Ferner speisen Sie den Innovationsfonds mit Erlösen aus Privatisierungen. Wir haben mehrfach nachgefragt, in welchem Umfang und von wem denn Privatisierungserlöse zu erwarten seien. Diese Fragen sind mit dem Hinweis nicht beantwortet worden, dass man damit die Verhandlungsposition des Landes schwächen würde.

Das könnte ich verstehen, wenn es darum ging, in jedem Fall Ross und Reiter zu nennen, also konkrete Verhandlungspartner. Aber die Aussage über das Volumen, das Sie anstreben, um den Innovationsfonds zu speisen, kann das Parlament meiner Meinung nach erwarten. Sonst bieten Sie hier eine Nullnummer an.

(Beifall von der SPD)

Das sind nur zwei Punkte, an denen deutlich wird, dass viele Fragen offen sind und der Grundsatz der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nicht die Rolle spielt, die er spielen müsste.

(Beifall von der SPD)

Bei den Steigerungen im Forschungsbereich ist ersichtlich, dass sich die Linie, die Sie in den letzten Jahren eingeschlagen haben, nämlich die Landesaktivitäten zurückzufahren, fortsetzt. Wir sind in der Bund-Länder-Finanzierung in der Situation, dass die Mittel durch den Pakt für Forschung natürlich gesteigert werden und gesteigert werden müssen. Hier haben wir einen Vertrag mit den anderen Bundesländern und dem Bund; das ist wohl richtig.

Dabei lässt sich aber Folgendes deutlich feststellen: Der Königsteiner Schlüssel, der sich zum einen durch die Steuereinnahmen des Landes und zum anderen durch die Bevölkerungsentwicklung errechnet und zugrunde gelegt wird, um den Anteil Nordrhein-Westfalens an der überregionalen Forschungsförderung festzulegen, hat sich so entwickelt, dass das Land Nordrhein-Westfalen weniger einzahlen muss. Nun könnte man sagen: Weniger einzuzahlen ist immer gut, aber dieses Weniger an Einzahlung beruht nun eben darauf, dass die Steuereinnahmen und natürlich auch die Bevölkerungszahl gesunken sind. Daher bringen wir, wie gesagt, insgesamt weniger Geld in die überregionale Forschungsförderung ein.

Das finde ich auch deswegen ganz interessant, weil Nordrhein-Westfalen bei wirtschaftspolitischen Debatten sonst als starkes Land dargestellt wird,

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch!)

wenn wir die Verbindung von Strukturwandel, Wirtschaftspolitik und Bildungspolitik in den Mittelpunkt stellen. Die Zahlen zeigen etwas anderes,

(Beifall von der SPD)

wenn es darum geht, was wir denn wirtschaftlich und steuerlich mit diesem Engagement erreichen. Ich bitte Sie also, genau hinzuschauen, wie sich unser Land wirklich entwickelt.

Sie verfolgen auch weiterhin die Linie, die landesfinanzierte außeruniversitäre Forschung schrittweise abzubauen. Titelgruppe 73 schmilzt immer weiter ab. Dadurch werden die Forschungsaktivitäten weniger sichtbar und verlieren damit an Bedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen. Wir halten diesen Weg für falsch. In einigen Jahren werden wir bilanzieren können, welche verheerende Wirkung das hat.

Zur Studierendenförderung. Hier stehen Studiengebühren im Raum und das BAföG soll erhöht werden. Auch soll der Stipendienfonds aufgestockt werden, der als große Leistung in die Vertragsverhandlungen der Koalition in Berlin eingebracht worden ist. Er erreicht eine ganz kleine Zahl von Studierenden in Nordrhein-Westfalen. Und die Stipendien sollen auch nur nach Begabung vergeben werden. 10 % sind das Ziel. Bisher bekommen 0,3 % der Studierenden diese Stipendien.

Wir sind der Meinung, dass das Geld des Stipendienfonds nicht die Rücknahme der Studiengebühren ersetzen kann, wie diskutiert wird. Denn dann müsste ein ganz anderes Stipendiensystem aufgebaut werden, das sich sowohl an sozialen als auch an Leistungskriterien bemisst.

(Beifall von der SPD)

Hierbei handelt es sich also um eine Politik gegen die Mehrheit der Studierenden, die dazu beiträgt, dass die möglichen Studierenden, also mehr Studienberechtigte, immer seltener ein Studium beginnen. Das ist Ihnen in den letzten Wochen auch wieder attestiert worden. Diese Entwicklung setzt sich fort. Das kann sich Nordrhein-Westfalen nicht leisten. Wir brauchen so viele Studierende wie möglich und dürfen nicht durch Studiengebühren abschrecken. Dieses Stipendienmodell ist ungeeignet, eine Gegenwirkung zu erzeugen.

Sie bleiben auch bei der Zerschlagung der Studienkollegs für ausländische Studierende – ganz im Gegensatz zu vielen Bundesländern, die die Studienkollegs ausgebaut haben, um begabte ausländische Studierende in ihr Bundesland zu holen. Hier wird behauptet, alle Mittel, die vorher in die Studienkollegs investiert wurden, würden jetzt für die beiden Stipendienprogramme für ausländische Studierende eingesetzt. Dies ist nicht der Fall, meine Damen und Herren; denn die Mittel, die bisher aus dem Schulhaushalt für die Lehrerinnen und Lehrer bereitgestellt wurden, fließen nicht in diese Stipendienprogramme ein. Also auch bei der Studierendenförderung insgesamt gibt es eine negative Entwicklung, die unserem Land schadet.

Einen einzigen Punkt muss ich positiv hervorheben. Wie in den Jahren zuvor haben wir als SPD-Fraktion beantragt, Ihre seit 2006 vorgenommenen

Kürzungen bei den Studentenwerken zurückzunehmen. Hier sind die Regierungsfractionen zum ersten Mal seit 2005 der Opposition zumindest einen kleinen Schritt entgegengekommen. Das muss man lobend erwähnen. Ich hoffe, dass sich unser Engagement für die Studentenwerke ein wenig auszahlt. Wir bleiben am Ball; das kann ich Ihnen versprechen.

Meine Damen und Herren, um ein Fazit zu ziehen: Gehen Sie hin und bilanzieren Sie Ihre Politik ähnlich wie wir, auch Ihre Haushaltspolitik. Dann werden Sie feststellen, wer im Endeffekt die Rechnung für Ihre Politik bezahlen muss und wie wir die Zukunftsperspektiven für Nordrhein-Westfalen haushaltsmäßig und ordnungspolitisch neu aufstellen müssen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kollege Dr. Brinkmeier das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über den Haushalt des Einzelplans 06 sprechen, dann sollten wir mit Zahlen beginnen. Die Ausgaben in diesem Einzelplan für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie steigen insgesamt um 3,8 %.

Ich will einige politisch wichtige Einzelposten nennen: Für den Ausbau der Fachhochschulen stellen wir 45,8 Millionen € und für den sehr wichtigen Hochschulpakt 33,8 Millionen € bereit. Für die Umsetzung des neuen Lehrerausbildungsgesetzes veranschlagen wir erstmalig 7,7 Millionen € und haben eine Verpflichtungsermächtigung von 57,3 Millionen €. Für das Hochschulmodernisierungsprogramm, eine sehr wichtige Sache, gibt es eine Verpflichtungsermächtigung von 1,35 Milliarden €, und diverse Stipendienprogramme summieren sich auf fast 9 Millionen €. Für Innovationsförderung, zu der der Kollege Löttgen gleich noch etwas sagen wird, sind 33 Millionen € veranschlagt, und tatsächlich haben wir den Ansatz für die Studentenwerke um 1,2 Millionen € erhöht. Wenn Sie das als Ihr Verdienst interpretieren möchten, Herr Schultheis, wenn das für Ihr Seelenheil gut ist, kann ich Ihnen sagen: Wir haben das nach sachlichen und fachlichen Kriterien entschieden.

(Karl Schultheis [SPD]: Das machen wir auch!)

Entscheidend ist doch, dass wir uns zumindest im Ergebnis einig sind und es den Studierenden zugute kommt.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Kollege Schultheis, dass man eine Haushaltsdebatte, nicht nur zum Einzel-

plan 06, sondern insgesamt, natürlich auch zur Generalabrechnung oder Generaldebatte nutzen muss, in der tatsächlich die jeweiligen Fraktionen ihr Grundverständnis über die Struktur ihrer Politik in den jeweiligen gesellschaftlichen Bereich darlegen. Ja, es ist richtig, dass wir grundsätzliche Unterschiede in der Herangehensweise insbesondere bei der Gestaltung der Hochschulpolitik haben. Über diese Unterschiede haben wir all den Jahren diskutiert, in der alten Wahlperiode wir in der Oppositionsrolle und Sie in der Regierung, jetzt umgekehrt. Wir sind uns tatsächlich in diesem Bereich noch nicht viel näher gekommen, wenn auch bei einigen Punkten sicherlich der Wandel der Zeit doch Näherungen aufzeigt. Wir haben immer sehr viel Wert darauf gelegt, tatsächlich einen Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik zu vollziehen. Da wollen wir jetzt auch Taten sprechen lassen.

Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben wir tatsächlich die zentrale Änderung, die Ihnen nicht passt, die aber absolut durch die Politik der Koalition unterstützt wird, durchgeführt, und mittlerweile werden gute Früchte geerntet.

(Beifall von der CDU)

Den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen geht es besser, weil sie besser agieren können. Als entscheidender Punkt ist zu nennen, dass die Fachaufsicht tatsächlich nicht mehr im Ministerium, sondern wirklich in der Verantwortung der Hochschulen liegt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Sie haben das Studienbeitragsgesetz selbst genannt. Es ist ganz wichtig. Tatsächlich werden da im nächsten Jahr 260 bis 270 Millionen € fließen. Es ist gut, dass wir den Hochschulen die Möglichkeit gegeben haben, diese Studienbeiträge zu erheben. Als CDU-Fraktion sagen wir ganz klar: Wir stehen dazu, dass die Hochschulen auch weiterhin Studienbeiträge erheben können. Zumindest was uns betrifft, sollen sie hier Planungssicherheit bekommen. Wir haben das vor der letzten Landtagswahl gesagt und werden es auch jetzt wieder sagen. Wir machen das mit Ansage, und wir stehen dazu; denn es kommt den Studierenden zugute. Ich führe genügend Diskussionen, auch mit Studierenden, um differenzierte Wahrnehmungen auch zu kommunizieren.

Der Zukunftspakt mit den Hochschulen war eine ganz wichtige Sache, er war auch haushalterisch wichtig. Wir waren die ersten – das haben Sie nie gemacht –, die den Hochschulen für fünf Jahre finanzielle Planungssicherheit zugesichert haben. Das ist ein wertvolles Gut. Dazu habe ich von Ihrer Seite noch nichts gehört. Ich weiß nicht, wie Ihre Haushälter dazu stehen. Es wäre eine interessante Aussage der SPD im Landtagswahlkampf, wenn auch sie den Hochschulen fünf Jahre Planungssi-

cherheit garantieren würde, wie wir das in dieser Wahlperiode getan haben.

Ich habe eben erwähnt, dass wir die Fachhochschullandschaft von den Zahlen her weiter ausgebaut haben. Manche hätten nicht gedacht, dass die neuen Fachhochschulen schon in diesem Wintersemester mit ihrem Studienbetrieb beginnen. Sie tun es aber. Es geht los mit neuen guten Programmen, mit neuen tollen Ideen vor Ort. Unser Dank gilt all denen, die sich vor Ort engagieren und damit Bewegung in die Landschaft bringen. Das gilt es auf jeden Fall zu unterstützen. Ich bin den drei neuen Fachhochschulen und auch der Gesundheitsfachhochschule für ihr Engagement dankbar und sage ihnen auch weiterhin unsere Unterstützung zu.

Das Hochschulmodernisierungsprogramm ist naturgemäß ein langfristig angelegtes Programm. Die 1,35 Milliarden €, die ich genannt habe, betten sich ein in insgesamt 8 Milliarden €, mit denen man so manches Gebäude errichten kann. Das wird eine wichtige Voraussetzung dafür sein, um tatsächlich unser großes Ziel, bis 2015 Innovationsland Nummer eins zu sein, erreichen zu können.

Ein weiteres Programm fördert die Ansiedlung von neuen Spitzenforschungsinstituten.

Sie haben eben auch das Stipendienprogramm erwähnt, Herr Kollege Schultheis, und gesagt, das sei nur für ganz wenige. Da möchte ich Ihnen widersprechen, weil viele davon profitieren werden. Warten wir es ab. Die Zahlen werden steigen. Wir hatten an dieser Stelle schon einmal darüber diskutiert. Sie führen als einziges Argument jetzt ins Feld, es seien ganz wenige. Ich sage Ihnen: Warten Sie ab, daraus wird tatsächlich ein großes Stipendienprogramm. Ich kenne derartige Stipendienprogramme aus Ostwestfalen-Lippe. Dort gibt es sie schon länger, und sie entwickeln sich tatsächlich deutlich weiter. Gestern war in der Zeitung noch ein großer Bericht darüber. Dort fördern wir übrigens ganz ausdrücklich auch sehr viele Studierende mit Migrationshintergrund. Ich denke, die soziale Komponente ist dabei überhaupt nicht zu vernachlässigen. Ich bin den Hochschulen und den Förderern, insbesondere der Wirtschaft, sehr dankbar, dass sie sich dort engagieren. Wir sind stolz darauf, dass dies Vorbild für die Koalitionsvereinbarung im Bund gewesen ist. Ich bin Herrn Pinkwart und Herrn Rüttgers außerordentlich dankbar, dass sich die nordrhein-westfälischen Initiativen auch in der Bundespolitik niederschlagen haben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Zum Schluss sei noch eines gesagt – wir werden morgen noch eine weitere Generaldebatte zum Thema Bildungsstreik führen –: Sie haben eben Mut bewiesen, Herr Schultheis, als Sie etwas aus der Sondersitzung in der letzten Woche zitierten. Mutig war es deswegen, weil Sie da so versenkt

worden waren; wir können gerne das Wortprotokoll gemeinsam noch einmal durchlesen. Ich weiß nicht, ob ich an Ihrer Stelle noch große Zitate daraus vorbringen würde. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die FDP spricht nun Frau Dr. Dreckmann.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 setzen CDU und FDP den seit 2005 eingeschlagenen Kurs fort, Schwerpunkte im Feld von Wissenschaft und Innovation zu setzen. Dies zeigt sich gerade am Beispiel des Einzelplans 06. Während nach dem Haushaltsentwurf 2010 das Gesamtvolumen des Haushalts gegenüber 2009 zurückgeht, werden die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Innovation auf über 5,8 Milliarden €, also um 3,8 %, steigen; der Kollege Brinkmeier hat dies gerade schon angesprochen.

Dies zeigt deutlich, in welchen Bereichen die Landespolitik Schwerpunkte setzt. Ein Großteil des Geldes, nämlich über 3,2 Milliarden €, bekommen die Hochschulen. Damit entfallen auf die Hochschulen des Landes im Jahr 2010 über 161 Millionen € mehr als noch 2009. Das ist eine Steigerung um 4,1 %. 931,7 Millionen € fließen in gesetzliche Verpflichtungen, rund 950 Millionen € sind für den hochschulmedizinischen Bereich vorgesehen.

Neben diesen Strukturdaten möchte ich Ihnen die gewachsene Bedeutung des Bereiches zeigen und einzelne wichtige Projekte aus dem Einzelplan 06 hervorheben, zunächst aus dem Bereich Innovation:

Mit der Idee von regionalen zdi-Zentren, die die Gemeinschaftsoffensive Zukunft durch Innovation.NRW erfolgreich umgesetzt hat, werden nachhaltige Strukturen für die wirkungsvolle Förderung des technisch-naturwissenschaftlichen Nachwuchses vor Ort geschaffen. Mit mittlerweile 18 zdi-Zentren – das letzte wurde jüngst im November in Dortmund eingeweiht – setzen wir auf Zukunftsperspektiven aus eigener Kraft. In Dortmund zum Beispiel lautet das Motto: „Wissenschaft zum Anfassen“. In dem zdi-Zentrum in Mülheim an der Ruhr werden Roboter Kurse für Mädchen angeboten. Mit anspruchsvollen Angeboten wollen wir möglichst viele Schülerinnen und Schüler für ein ingenieur- und naturwissenschaftliches Studium begeistern. Kinder und Jugendliche sollen ihr technisches und naturwissenschaftliches Talent entdecken und nutzen. So trägt diese Initiative dazu bei, die Innovationskraft des Landes langfristig zu sichern und dem Fachkräftemangel gerade im MINT-Bereich entgegenzuwirken.

Ich komme nun zur Forschung: Im Bereich Forschung ist zu betonen, dass in den vergangenen drei Jahren in Nordrhein-Westfalen 19 neue Spitzenforschungsinstitute, High-Tech-Labore und Denkfabriken eingerichtet wurden. So viel Wissenschaftsexzellenz hat es in den letzten Jahren in keinem anderen Bundesland gegeben. Viele der neuen Spitzenforschungsinstitute stammen aus den Forschungsdisziplinen Biotechnologie, medizinische Forschung und Medizintechnik, innovative Werkstoffe sowie Energie- und Umweltforschung. Wir können also durchaus mit Stolz behaupten: Unser Konzept des Setzens neuer Anreize, gepaart mit einem anspruchsvollen Wettbewerb und der Schaffung eines forschungsfördernden Umfeldes, zeigt Wirkung.

Der Ausbau der Fachhochschulen ist Teil des Gesamtkonzeptes der Landesregierung zur Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft im kommenden Jahrzehnt. Mit den dann neu gegründeten Fachhochschulen, dem Ausbau der acht bestehenden Fachhochschulen und dem Gesundheitscampus Bochum werden in den kommenden Jahren über 11.000 neue Studienplätze geschaffen. Bis 2020 werden zur Finanzierung des Fachhochschulausbaus zusätzliche Landesmittel in Höhe von rund 1,3 Milliarden € bereitgestellt.

Die Förderung der Gesundheits- und Pflegeberufe sowie die Forschung auf den entsprechenden Gebieten ist unzweifelhaft eine wichtige Zukunftsaufgabe und gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung notwendig. Neben der Bedeutung für die Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalens und die Wissenschaft bin ich davon überzeugt, dass in der Umgebung dieser neuen Fachhochschule für Gesundheitsberufe zum Beispiel in meiner Heimatstadt Bochum zahlreiche neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen werden. Ich bin froh, dass dies in Bochum passiert; denn wir alle wissen ja, dass Bochum unter dem Weggang von Nokia und unter der Opel-Krise schwer zu leiden hat.

Nun komme ich zu einem anderen zentralen Punkt unserer Hochschulpolitik, der Hochschulfreiheit. Wer in Zukunft erfolgreich sein will, braucht im internationalen Wettbewerb die klügsten Köpfe. Aus diesem Grund hat die Landesregierung Studienbeiträge eingeführt. Wir wollen den Wettbewerb an den einzelnen Hochschulen verstärken und die Finanzierung unseres Hochschulwesens auf eine solide Grundlage stellen. Mit dem am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Hochschulfreiheitsgesetz haben die Universitäten und Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen ihre Eigenständigkeit erhalten. Sie haben echte Autonomie und sind verpflichtet, eigenverantwortlich zu agieren. Zudem wurde es ihnen ermöglicht, Studienbeiträge zu erheben, deren Umfang jeweils von den einzelnen Hochschulen festgelegt wird, die aber 500 € pro Semester nicht überschreiten dürfen. Ferner haben wir festgelegt, dass das Geld für eine Verbesserung der Lehre

eingesetzt werden muss. Von der Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben, haben mittlerweile 31 der 36 staatlichen Hochschulen Gebrauch gemacht.

Trotzdem haben wir in diesem Wintersemester mit einer Anzahl von 77.600 mehr Studienanfänger als jemals zuvor. Die Gesamtzahl der Studenten erhöht sich um fast 23.000 auf gut 501.000 Studierende. Diese Zahlen belegen, dass nicht von einer abschreckenden Wirkung gesprochen werden kann. Vielmehr erkennen die Studierenden, dass sie durch die Gebühren ein viel größeres Gewicht und auch mehr Einfluss erhalten. Die Lenkungswirkung der Beiträge hat dafür gesorgt, dass die Bedingungen an den Universitäten und Fachhochschulen deutlich besser geworden sind. Die Öffnungszeiten der Bibliotheken haben sich verbessert, die Lernapparate sind besser ausgestattet, und es werden mehr Tutorien angeboten. An der Universität zu Köln zum Beispiel haben die Studienbeiträge dafür gesorgt, dass ein Repetitorium für Studenten der Rechtswissenschaften eingerichtet werden konnte. Zudem muss betont werden, dass die Hochschulen die Gelder aus den Studienbeiträgen zusätzlich zu den Landesmitteln erhalten.

Angesichts der erwähnten steigenden Studentenzahl haben wir überdies einen Haushaltsänderungsantrag eingebracht, der über 1,2 Millionen € mehr für die Studentenwerke vorsieht. Mit der Erhöhung dieses Ansatzes wollen wir die Studentenwerke bei der Verbesserung ihrer Aufgabenerfüllung und insbesondere beim Schaffen der nötigen Infrastruktur für den Ausbau und Aufbau der Fachhochschullandschaft unterstützen.

Ferner – das muss auch betont werden – hatten die nordrhein-westfälischen Hochschulen noch nie so viel Mittel zur Verfügung wie heute. Die Landeszuschüsse sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen und betragen für das Jahr 2010 über 3,2 Milliarden €. Dies sind rund 400 Millionen € mehr als im Jahr 2005. Erstmals – ich zitiere sinngemäß den Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz, Prof. Dr. Axel Freimuth – verfügen die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen über eine angemessene finanzielle Ausstattung.

Zudem hat sich gezeigt, dass die von der Opposition so oft ins Feld geführte ökonomische Regulierung der Universitäten mit dem Hochschulfreiheitsgesetz bzw. der marktförmige Wettbewerb den Hochschulen nicht geschadet hat. Vielmehr sind die Hochschulen von hemmenden Regularien und überflüssigen Vorschriften befreit worden, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Aus einer Untersuchung der Unternehmensberatung Ernst&Young, Stand November 2009, geht hervor, dass über 60 % der staatlichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit dem Grad ihrer Selbstständigkeit zufrieden sind; 27 % könnten sich vorstellen, den Grad ihrer Selbstständigkeit sogar noch zu erhöhen. Dies belegt: Die Hoch-

schulen von heute sind handlungsfähiger und schätzen ihre Selbstständigkeit und Autonomie in der Personal- und Finanzwirtschaft.

Noch ein paar Worte zum Hochschulmodernisierungsprogramm. Trotz der überaus schwierigen Finanzsituation baut die nordrhein-westfälische Landesregierung den von den Vorgängerregierungen hinterlassenen Investitionsstau an den Hochschulen ab. Wir verbessern damit die Bedingungen für Lehre und Forschung für Studenten und für Lehrende. Hierfür setzen wir erhebliche Haushaltsmittel ein. Insgesamt geben wir bis 2015 neben geplanten 3 Milliarden € für Neubauten an Hochschulen und Baumaßnahmen an Universitätskliniken zusätzlich 2 Milliarden € aus für die Modernisierung und die Sanierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen. Wir stärken damit ihre Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe, aber auch um Drittmittel. Dies bedeutet, dass die jährlich vorgesehenen Investitionen im Bereich der Hochschulmodernisierung rund zwei Drittel über den Ausgaben der Jahre bis 2005 liegen.

Wer nach alledem immer noch behauptet, wir würden an den Hochschulen unseres Landes sparen, verschließt die Augen vor der Wirklichkeit, meine Damen und Herren. 700 Millionen € geschätzter Sanierungsbedarf an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und 1,3 Milliarden € Sanierungsbedarf an der marodesten Universität im Land – das ist die Ruhr-Universität Bochum, die ich ganz gut kenne – sind nicht in den letzten fünf Jahren entstanden. Die Hochschulen in unserem Land stecken seit Jahren im Sanierungsstau.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Generalsekretär des Wissenschaftsrats zitieren: Es gibt nicht viele Bundesländer, die sich ähnlich intensiv wie Nordrhein-Westfalen um die maroden Unis und Fachhochschulen kümmern. – Die ist ein ausdrückliches Lob für unsere Regierungsarbeit. Wir werden weiter daran arbeiten, die jahrzehntelangen Versäumnisse aufzuarbeiten.

Gerade in finanziell angespannten Zeiten ist dies ein Kraftakt. Wir müssen und werden ihn bewältigen, um unsere Hochschulen auf den neuesten Stand der Technik bringen.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 stellt sicher, dass Nordrhein-Westfalen auch künftig exzellente Rahmenbedingungen für Innovation, Lehre und Forschung sowie für eine Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung stellt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Dr. Dreckmann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über den Haushalt 2010 reden, dann müssen wir uns schon fragen, auf welcher Grundlage wir dies tun. Denn das, was mit den Steuergeschenken des Bundes jetzt an Belastungen auf Nordrhein-Westfalen zukommt, hat schließlich eine Dimension, die alles in Frage stellt, was wir heute auf dem Tisch haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

600 Millionen € Mehrbelastung pro Jahr sind mit der ersten Tranche schon sicher. 2 Milliarden € werden es wohl werden, wenn sich nicht noch ein paar mutige Ministerpräsidenten finden, dieses Gesetz im Bundesrat zu verhindern. 2 Milliarden €, das ist so viel, wie alle Universitäten dieses Landes zusammen an Zuschüssen erhalten. 2 Milliarden € weniger, das hieße beispielsweise, dass man alle Universitäten dieses Landes schließen müsste. Dabei sieht es in der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen insgesamt düster genug aus. Trotz Studiengebühren müssen junge Menschen in überfüllten Hörsälen sitzen und ein schlecht betreutes Studium in Kauf nehmen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war bei Ihnen nicht so!)

– Wir hatten keine Studiengebühren.

(Widerspruch von CDU und FDP)

Sie müssen darüber hinaus die Folgen einer undurchdachten Bologna-Reform ausbaden: viel Bürokratie für die Hochschullehrer, eine übermäßige Reglementierung des Studienablaufs und eine immense Verdichtung der Prüfungsprozeduren. Das Studium an unseren Hochschulen ist hochgradig verschult und lässt so gut wie keinen Raum für unkonventionelles Querdenken und Kreativität. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass die Studierenden ihren Unmut lautstark äußern und – wir haben es in den vergangenen Wochen erlebt – zu Tausenden für mehr Demokratie, für ein besseres Studium und auch für die Abschaffung der Studiengebühren auf die Straße gehen. Auch Ihnen, Frau Dr. Dreckmann – Sie haben eben ein Loblied auf die Studiengebühren gesungen und festgestellt, dass das alle so toll fänden –, dürfte das nicht entgangen sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn seit Ihrer Regierungsübernahme, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, entwickeln sich die Hochschulen stets weiter weg von ihrer ursprünglichen Aufgabe, Orte des Diskurses und Keimzelle für gesellschaftliche, soziale und technische Innovationen zu sein. Und das nehmen Ihnen in der Tat viele übel, meine Damen und Herren, nicht nur die Studierenden, sondern auch viele der Lehrenden, der Professoren und Professorinnen an den Hochschulen. Es wird ja immer so viel davon

geredet, wie wichtig die Ressource Wissen für unsere Gesellschaft sei. In der Tat ist Nordrhein-Westfalen eine Region, die weder durch ein niedriges Lohnniveau noch durch einen besonderen Rohstoff Wettbewerbsfähigkeit entfalten kann.

Unsere Zukunft liegt tatsächlich in der Ressource Wissen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir in die Köpfe der Menschen investieren. Wir haben ein dichtes Netz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen – das dichteste in Europa. Wir haben ca. 500.000 Studierende; das ist fast ein Viertel aller Studierenden in Deutschland. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir dieses kostbare Potenzial nicht verschenken.

Und was macht unser Innovationsminister, Herr Pinkwart? – Statt in Köpfe zu investieren und statt mehr sowie qualitativ gut ausgestattete Studienplätze zu schaffen, verbaut Herr Minister Pinkwart die Zukunftschancen in unserem Land.

Ich nenne das an dieser Stelle: die Studiengebühren, die junge Menschen vom Studium abschrecken, ein gescheiterter Hochschulpakt, der den doppelten Abiturjahrgang 2012 nicht bewältigen wird, ein angebliches Hochschulbausanierungsprogramm, das sich in konkreten Zahlen im Haushalt überhaupt nicht widerspiegelt, ein unterdimensioniertes Fachhochschulausbauprogramm, das erst dann greift, wenn wir wieder zurückgehende Zahlen von Studienanfängerinnen und Studienanfängern haben,

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

und – last but not least – ein armseliges Stipendienmodell für gerade einmal 0,3 % der Studierenden in Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihre traurige Bilanz der aktuellen Hochschulpolitik, Herr Minister Pinkwart.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn wir uns vorstellen, die Forschungspolitik des selbsternannten Innovationsministers könnte vielleicht zukunftsfähig sein, dann werden wir auch da bitter enttäuscht. Mit der Einrichtung von Professuren zur Atomforschung haben Sie den Weg für die Forschung an Reaktoren der vierten Generation freigemacht. Statt auf Biodiversität und Ökologie setzen Sie auf Grüne Gentechnologie. Statt der Forschung an unbedenklichen Alternativen forcieren Sie die Forschung an embryonalen Stammzellen. Technikfolgenabschätzung und ethische Verantwortung sind für diesen Minister Fremdwörter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir uns das Ergebnis der Studiengebühren drei Jahre nach ihrer Einführung ansehen, kann man nur sagen: Das ist in der Tat das traurigste Kapitel. In den vergangenen Jahren haben immer mehr Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife erworben, doch viele haben sich inzwischen gegen ein Studium entschieden.

Dabei brauchen wir bekanntlich mehr Akademikerinnen und Akademiker in den kommenden Jahren, um dem wachsenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Studienanfängerzahlen steigen doch!)

– In der Summe sind wir nicht einmal mehr dort, wo wir 2005 mit den Zahlen waren. Herr Witzel, das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Noch schlimmer ist dabei die offensichtliche soziale Schieflage. Während 70 % der Abiturienten aus Akademikerfamilien bereits ein halbes Jahr vor der Reifeprüfung bei Umfragen nahezu selbstverständlich eine feste Studienabsicht bekunden, gilt dies nur für 55 % der Schülerinnen und Schüler aus Nichtakademikerfamilien. Das ist bildungspolitisch ein Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Im Übrigen ist es auch nicht innovativ, wenn die Universität Bonn, wie kürzlich geplant, die Renovierung der Toiletten aus Studiengebühren finanzieren will. Deshalb sagen wir: Wenn die Hochschulen nicht wissen, was sie mit dem Geld machen sollen, sollten sie es gefälligst an die Studierenden zurückgeben. Für uns steht jedenfalls fest: Diese unsozialen Studiengebühren müssen weg!

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Oh!)

Wir sind deshalb im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2010 aktiv geworden und haben einen konkreten Gesetzentwurf für ein Studiengebührenabschaffungsgesetz auf den Tisch gelegt, das am Tag nach der Landtagswahl 2010 in Kraft treten soll.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Och!)

Gleichzeitig haben wir zum Ausgleich der dadurch entstehenden Mindereinnahmen der Hochschulen einen Antrag zur Errichtung eines Fonds zur Verbesserung der Lehre in entsprechender Höhe eingebracht. Für 2010 wollen wir diesen Fonds zunächst mit 100 Millionen € ausstatten, um die Mindereinnahmen ab dem Wintersemester 2010/2011 auszugleichen. Ab 2011 soll dieser Fonds mit mindestens 250 Millionen € pro Jahr ausgestattet werden.

Das heißt, wir haben vorgerechnet, wie es gehen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wie wir den Hochschulen die fehlenden Einnahmen aus den Studiengebühren zurückgeben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie hatten dazu doch bis 2005 Zeit gehabt!)

Ich bin fest davon überzeugt: In dem anstehenden Landtagswahlkampf wird es auch um die Frage einer gerechten und nachhaltigen Bildungsfinanzierung gehen.

Hierfür legen wir Ihnen heute mit der Gegenfinanzierung der Studiengebühren einen entscheidenden Vorschlag zur Abstimmung vor. Jetzt haben Sie die Chance: Sie können noch zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Dr. Seidl. – Für die Landesregierung gebe ich Herrn Minister Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch im kommenden Jahr werden wir engagiert weiter daran arbeiten, den Wissenschafts- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken.

Die Landesregierung steigert deshalb ihre Investitionen in Bildung und Forschung. Wir schaffen attraktive und konkurrenzfähige Studien- und Forschungsbedingungen. Wir bauen unsere Wettbewerbsposition im Bereich der neuen Technologien weiter aus. Wir legen mit der Aufstockung des Stipendiensystems die Basis für eine neue Anerkennungskultur und mehr soziale Mobilität in diesem Land.

Angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage ist dies ein Kraftakt, aber zugleich ein dringend notwendiger Schritt auf dem Weg zum Innovationsland Nummer eins in Deutschland. Ein gutes Stück dieses Weges sind wir bereits gegangen.

Lassen Sie mich das kurz erläutern. Insgesamt sind die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung im Landeshaushalt seit 2005 um rund 713 Millionen € bzw. um rund 14 % gestiegen. Seit dem Regierungswechsel haben sich die Innovationsbedingungen in Nordrhein-Westfalen damit deutlich verbessert.

Wir konzentrieren uns etwa in der Forschungsförderung jetzt auf Disziplinen, die besonders zukunftsrelevant sind und in denen Nordrhein-Westfalen schon heute die Substanz dazu hat, auch international in der ersten Liga mitzuspielen,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut!)

etwa auf den Gebieten der Biotechnologien, der Energie- und Umweltforschung, der Medizinforschung, der Medizintechnik, der Nano- und Mikrotechnologien und der innovativen Werkstoffe.

Die Gelder für diesen Bereich haben wir seit 2005 um 25 % erhöht. Dass diese Strategie richtig ist, zeigt die Tatsache, dass seit 2006 bereits 19 neue Einrichtungen der Spitzenforschung ihre Türen bei uns geöffnet haben.

Auch im Bereich Hochschulen hat sich unsere Strategie bewährt. Sie waren bei der Regierungs-

übernahme chronisch unterfinanziert, wie die jüngste Anhörung im Wissenschaftsausschuss noch einmal deutlich gemacht hat. Nicht nur die Hochschulrektorenvertreter Freimuth und Rennen-Allhoff, sondern auch die Vertreter des AstA haben das noch einmal sehr nachdrücklich unterstrichen. Die Studiendauer war lang, die Erfolgsquote war gering. Der Anteil der jungen Menschen aus bildungsferneren Familien war bei Ihnen über Jahrzehnte hinweg viel zu gering. Inzwischen hat sich das geändert. Die Zeiten der Mangelbewirtschaftung sind Gott sei Dank vorbei.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

– Wir haben das auch mit den jungen Menschen diskutiert, die das sehr gerne zur Kenntnis genommen haben. Im Übrigen haben der Rektor und der Prorektor vor 1.000 Studenten bestätigt, dass sich die Finanzlage verbessert hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Das fand ich auch sehr fair. Warum soll man das, was sich geändert hat, nicht auch einmal benennen dürfen?

(Zuruf von der SPD)

Das heißt ja nicht, dass wir nicht noch besser werden wollen. Was sich positiv verändert hat, darf man aber auch nennen.

Allein im laufenden Jahr stehen den Hochschulen eine halbe Milliarde € mehr aus Landeszuschüssen und Studienbeiträgen zur Verfügung als noch im Jahre 2005. Im nächsten Jahr werden es über 600 Millionen € sein. Das sind 25 % mehr Mittel für die Hochschulen als im Jahr 2005.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Schultheis. Möchten Sie diese zulassen?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Aber gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Minister, wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade gesagt haben, folgende Äußerung der Rektorin der Universität Münster, Frau Prof. Nelles? Sie sagt: Wir verwenden schon heute die Studienbeiträge vorwiegend für die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal. Das können wir nicht beliebig ausweiten. Wir sind nach wie vor unterfinanziert, wenn es darum geht, die Betreuung der Studenten zu verbessern.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Das kann ich sehr gerne beantworten. Sie könnten die Frage auch an die Rektorin selbst richten. Die Rektorin hat mit ihrer Beratung und Unterschrift des Memorandums noch am selben Tage erklärt, dass sie sich hinreichend finanziert und auch Spielräume sähe, über zusätzliches Personal zur Verbesserung der Betreuungsrelation beizutragen.

Dass Sie darauf hinweist – das ist ihr gutes Recht –, dort vielleicht schon mehr als andere Hochschulen getan zu haben, kann uns ja nur freuen. Sie macht deutlich, dass die Mittel vorhanden sind und sie auch schon einiges unternommen hat, um die Betreuungsrelation zu verbessern. Genau das haben wir uns gewünscht, dass nämlich die Mittel genutzt werden, um die Qualität für die jungen Menschen zu verbessern: durch längere Öffnungszeiten der Bibliotheken, durch bessere Ausstattung, vor allen Dingen aber auch durch mehr Personal. Das sagt Frau Nelles auch in diesem Zitat. Insofern halte ich das, was sie dort erklärt und insbesondere mit dem Memorandum unterschrieben hat, vor dem Hintergrund meiner Ausführungen für eine vollumfänglich bestätigende Haltung.

Wie bereits von Frau Dreckmann angesprochen, hat die aktuelle Studie von Ernst & Young ebenfalls bestätigt, dass die finanzielle Lage der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen deutlich besser ist als in anderen Bundesländern. Es sind 281 Universitäten und Fachhochschulen untersucht worden. Die Hochschulleitungen haben geantwortet, nirgendwo sonst sei der Gestaltungsspielraum für die Hochschulen so groß wie in Nordrhein-Westfalen.

– Lieber Herr Schultheis, Sie lachen. Das hat Ihnen aber doch auch Rektor Freimuth im Wissenschaftsausschuss gesagt. Gleiches gilt für Frau Seidl. Herr Freimuth hat gesagt: Hätten Sie die Bedingungen damals doch schon so verbessert, wie sie jetzt verbessert worden sind! – Das hat er Ihnen vorgehalten.

(Beifall von FDP und CDU)

Liebe Frau Seidl, ich komme gleich noch einmal dazu, aber mit Blick auf die Studienbeiträge muss ich darauf hinweisen, dass Herr Freimuth sagte: Lassen Sie uns doch diese Einnahmen, die wir im Interesse der Studierenden sinnvoll einsetzen können! – Übrigens hat sich der AStA-Vorsitzende von Bonn für Studienbeiträge ausgesprochen. – Herr Freimuth sagte weiter: Wenn Sie noch zusätzliches Geld im Haushalt mobilisieren können, geben Sie uns das zusätzlich, wenn Sie meinen, dass wir noch etwas gebrauchen können. – Ja bitte, dazu könnten Sie einmal Anträge vorlegen. Stattdessen legen Sie einen Gegenfinanzierungsantrag für die Streichung von Studienbeiträgen vor, Frau Seidl, gedeckt mit 100 Millionen €.

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Sie sagen, Sie wollen den Antrag auf Abschaffung in dieser Legislaturperiode zur Abstimmung stellen, er soll aber erst zum nächsten Wintersemester wirksam werden, damit Sie für das Jahr 2010 nur einen Deckungsvorschlag über 100 Millionen € benötigen. – Ja, Frau Seidl, wie ernst meinen Sie es eigentlich? Wenn die Studienbeiträge abgeschafft gehören, dann machen Sie es doch mit voller Wirkung zum nächsten Jahr und sorgen dann auch für einen soliden Deckungsvorschlag in Höhe von 250 Millionen €! Kommen Sie nicht mit dem Deckungsvorschlag, die Steuereinnahmen im Haushalt etwas höher anzusetzen, sondern sagen Sie, wo Sie neue Prioritäten im Landeshaushalt setzen wollen! Dann hätten Sie zumindest die argumentative Stärke, dass Sie für notwendige Planungssicherheit sorgen könnten. Die geben Sie aber keinem. Denn in der Vergangenheit – und daran messen die Hochschulen Sie heute noch – haben Sie als Erste Studiengebühren für Langzeitstudierende eingeführt. Sie haben das Geld aber nicht den Hochschulen gegeben, sondern es beim Finanzminister abgeliefert. Das hat keiner in diesem Land vergessen.

(Beifall von FDP und CDU)

Geld für Verbesserungen durch unsere Politik ist also da. Das gilt es auch in der aktuellen Diskussion um den Bologna-Prozess zu berücksichtigen. Die Landesrektorenkonferenz ist auch bereit, solche notwendigen Verbesserungen anzugehen. Das habe ich schon angesprochen. Deshalb hat sie sich in der vergangenen Woche in einem Memorandum verpflichtet, bis zum kommenden März konkret zu überprüfen, wo Korrekturen an der Studiengestaltung nötig sind. Wir werden das vonseiten der Landesregierung eng begleiten und uns die Bilanz im März genau ansehen.

Die Hochschulen müssen mit Korrekturen im Übrigen nicht bis zur nächsten Reakkreditierung ihrer Studiengänge warten. Wir haben ihnen eine Sondergenehmigung erteilt, damit sie jetzt schnell handeln können. Ich gehe deshalb davon aus, dass wir bis zu dem Bologna-Gipfel von Bund und Ländern, den Frau Schavan für April des kommenden Jahres angekündigt hat, schon einen großen Schritt in Nordrhein-Westfalen weiter sind.

Unstrittig ist, dass die Hochschulen dringend in zusätzliches wissenschaftliches Personal investieren und damit die Betreuungsrelation weiter verbessern müssen, wie sie es in ihrem Memorandum angekündigt haben. Bislang sind sie hier noch zurückhaltend. Das zeigt, dass ihnen die Finanzpraxis der vergangenen Jahrzehnte noch deutlich im Gedächtnis geblieben ist und sie in Sorge sind, ob sie sich wirklich dauerhaft auf so gute Bedingungen einstellen können, wie diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sie ihnen einräumen.

Für mich steht eines außer Frage: Wir haben für die nächste Runde der Exzellenzinitiative in der mittelfristigen Finanzplanung bereits die Voraussetzun-

gen geschaffen und freuen uns darüber, dass die neue Bundesregierung jetzt ebenfalls die Voraussetzungen geschaffen hat, dass sie auch im Bundeshaushalt die notwendige finanzielle Absicherung erfährt. Aus unserer Sicht werden wir jedenfalls in der nächsten Runde der Exzellenzinitiative – das möchte ich mit besonderem Nachdruck hervorheben – nur diejenigen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen unterstützen, die nachweisbare Fortschritte in Sachen gute Lehre erzielt haben und gleichzeitig ein klares Konzept dazu vorlegen, wie sie auch in Zukunft für mehr Exzellenz in der Lehre sorgen wollen. Jedenfalls ist für mich und die Landesregierung völlig klar: Exzellente Forschung und exzellente Lehre schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern bedingen einander.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen stellen wir diese hohe Anforderung gerade an unsere Exzellenzhochschulen.

Umso wichtiger ist es uns, weiterhin zu unseren Zusagen an die Hochschulen zu stehen. Schon im Frühjahr 2009 haben wir etwa im Hochschulmodernisierungsprogramm beschlossen, Universitäten und Fachhochschulen umfassend zu sanieren. Bis 2015 werden wir insgesamt 5 Milliarden € zur Verfügung stellen, um den Sanierungsstau an den nordrhein-westfälischen Hochschulen vollständig zu beseitigen. Weitere 3 Milliarden € sind für den Zeitraum 2016 bis 2020 für die Erneuerung der Hochschulen vorgesehen. Zusätzlich hat die Landesregierung mit den sie tragenden Fraktionen beschlossen – und das befindet sich in der Umsetzung –, 464 Millionen € aus dem Konjunkturpaket II mit einem Eigenanteil des Landes von 116 Millionen € zusätzlich in moderne Studentenwohnheime sowie in modernere Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu stecken.

Meine Damen und Herren, ich kenne kein Jahrzehnt in der Geschichte unseres Landes, in dem das Land Nordrhein-Westfalen so viel Geld für moderne und auf dem neuesten Stand befindliche Hochschulen in die Hand genommen hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Außerdem stellen wir Gelder für das erfolgreiche NRW-Stipendienprogramm zur Verfügung. Sie haben das Pilotprojekt verfolgt, das wir gestartet haben. Dieses Programm steht neben dem BAföG, das wir wollen, damit jeder unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Studium aufnehmen kann, und das wir im Übrigen im letzten Jahr kräftig aufgestockt haben. Das BAföG ist in der Höhe und im Hinblick auf die Einkommensgrenzen der Eltern auf Forderung Nordrhein-Westfalens im Jahr 2008 deutlich angepasst worden.

In diesem Jahr stehen im Landeshaushalt 60 Millionen € mehr für BAföG zur Verfügung als im Jahr 2008. Das bedeutet insgesamt 381,3 Millionen € für BAföG für die Studierenden in Nordrhein-

Westfalen. Dieser Betrag wird im Jahr 2010 noch einmal aufgestockt. Diese Säule steht, und wir freuen uns darüber, dass bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin erreicht worden ist, dass das BAföG auch in der neuen Legislaturperiode weiter angepasst und ausgebaut wird.

Aber neben der einkommensbezogenen Förderung wollen wir für die jungen Leute unabhängig von ihrer Herkunft und unabhängig vom Einkommen der Eltern auch eine begabungs-, eine leistungsbezogene Förderung einführen. Wir wollen, dass Leistung und Anstrengung sich lohnen,

(Beifall von CDU und FDP)

und zwar sowohl für den BAföG-Empfänger als auch für denjenigen, dessen Familie keinen Anspruch auf BAföG-Förderung hat, der sich aber besonders anstrengt. Ich freue mich, dass unsere Initiative, die im Übrigen erstmalig mit der lange existierenden Forderung ernst macht, dass wir Wirtschaft und Private in die Stipendienförderung einbeziehen sollten, von den Hochschulen so gut umgesetzt worden ist. Mit Ihrer Unterstützung hier im Hohen Haus war es möglich, ein Pilotprojekt mit zunächst 1.200 Stipendien zu starten.

Die Hochschulen hatten in kürzester Zeit mehr Zusagen, als wir zunächst erwartet hatten. Der Finanzminister war bereit, einer Aufstockung zuzustimmen. Wir haben jetzt zum Wintersemester die ersten 1.400 Stipendiaten hier in Nordrhein-Westfalen im NRW-Stipendienprogramm, unterstützt von Privatleuten, von privaten Stiftungen, von mittelständischen Unternehmen und von großen Betrieben. Lange ist ein Stipendienprogramm gefordert worden und es wurde gesagt, dass die Wirtschaft etwas tun müsse. – Ja, meine Damen und Herren, wir machen das jetzt, und das ist der Unterschied zu Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir fördern die Studierenden also einkommensbezogen und begabungsbezogen. Ich freue mich auch über unser Stipendienprogramm für ausländische Studierende, insbesondere für Studierende aus Ländern der Entwicklungszusammenarbeit, das im Haushalt ebenfalls etabliert ist.

Lassen Sie mich kurz die Forschungsförderung ansprechen, die in den Reden von Herrn Brinkmeier und Frau Dreckmann eine sehr breite Würdigung gefunden hat. Ich freue mich sehr darüber, dass wir die Sichtbarkeit unserer Forschungsleistungen in Nordrhein-Westfalen deutlich erhöhen konnten und dass es uns gelungen ist, Spitzenforschungseinrichtungen nach Nordrhein-Westfalen zu holen, etwa das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen, das eine der herausragenden Großforschungseinrichtungen ist, die in den letzten 20 Jahren in Deutschland eingerichtet worden sind bzw. eingerichtet werden sollen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen den Zuschlag dafür nicht nur deshalb bekommen, weil hier schon gute Arbeit geleistet worden ist, sondern auch weil wir in den letzten Jahren, was die Lebenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen anbetrifft, einen Schwerpunkt formuliert haben und weil es gelungen ist, das Max-Planck-Institut für Altersforschung nach Nordrhein-Westfalen zu holen, ein Exzellenzcluster in diesem Bereich nach Köln zu holen und einen Sonderforschungsbereich nach Düsseldorf zu holen.

Hierfür, meine Damen und Herren, stellen wir im Haushalt zusätzliche Mittel bereit. Wir stärken damit eines der ganz wichtigen Forschungsfelder in Europa mit Blick auf die demografische Entwicklung unserer Bevölkerung, die großen Zukunftsherausforderungen, vor denen wir hier stehen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, meine Damen und Herren: Die Landesregierung hält Wort. Wir investieren künftig in Bildung und Forschung deutlich mehr, als das in den Vorgängerlegislaturperioden der Fall war. Noch nie waren die finanziellen Rahmenbedingungen für die Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen so gut wie heute. Die neue Regierung im Bund setzt jetzt ebenfalls die richtigen Signale, indem sie in Bildung und Forschung investiert.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Gucken Sie doch einmal auf die Straße! Der Bildungstreik!)

Wenn ich das abschließend noch sagen darf, Frau Seidl, weil Sie das Steuerrecht angesprochen haben: Wie wollen Sie denn auf Dauer diese Prioritätensetzung, über die wir heute Mittag reden, in Bildung, Forschung und Technologie finanzieren, wenn Sie es nicht schaffen, dass unser Land auch wieder kräftig wachsen kann –

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Luftblasen!)

so kräftig, wie das in den Jahren 2006 bis 2008 der Fall war? Meine Damen und Herren, deswegen stehen wir zu dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, denn es entlastet vor allem die innovativen mittelständischen Unternehmen, und es entlastet die Familien mit Kindern. Und wenn wir über Bildung reden, dann geht es um Kinder, dann geht es um Familien mit Kindern. Deswegen halte ich diese Maßnahmen für genauso wichtig wie die Prioritätensetzung für Bildung, Forschung und Technologie in diesem Landeshaushalt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Pinkwart. – Für die CDU spricht nun Herr Kollege Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr

geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Vor genau einem Monat, am 2. November, waren einige von Ihnen dabei, als Ministerpräsident Rüttgers und Innovationsminister Prof. Pinkwart hier in Düsseldorf die Innovationspreise für das Jahr 2009 vergeben haben.

Der nach dem Deutschen Zukunftspreis, der im Übrigen heute Abend vom Bundespräsidenten verliehen wird, höchst dotierte Preis auf diesem Gebiet ging an vier herausragende Forscher. Mit einer außergewöhnlichen Leistung sind diese Köpfe bereits die Nummer eins in unserem Bundesland und weit darüber hinaus. Sie sind damit Indikatoren für unsere Entwicklung, für die Entwicklung des Innovationslandes Nordrhein-Westfalen hin zum Innovationsland Nummer eins. Von Jahr zu Jahr wird dieses Ziel greifbarer.

Die erneute Steigerung der verfügbaren Mittel im Einzelplan 06 macht deutlich: Der Kompass weist noch in die richtige Richtung. Das Innovationsklima hat sich deutlich verbessert. Trotz der Wirtschaftskrise steigt die Bereitschaft zu Investitionen in Forschung und Entwicklung.

(Beifall von der CDU)

Die 20-prozentige Steigerung der Drittmiteinnahmen an unseren Hochschulen in der Zeit von 2005 bis heute zeigt, dass die von uns gesetzten Rahmenbedingungen Potentiale in Wirtschaft und Wissenschaft erschließen, die vorher leider ungenutzt blieben.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Ich sage dies bewusst nicht mit erhobenem Zeigefinger und will das auch nicht als Eigenlob verstehen. Allerdings hat die Bilanz des Fachsymposiums „Zukunftsfaktor Innovation“, ebenfalls am 2. November dieses Jahres, genau diese Aussagen bestätigt und untermauert.

Nicht nur die notwendige Herausstellung der Spitzenleistung ist uns wichtig; ebenso große Bedeutung kommt der Verbesserung und Stabilisierung der Innovationsfähigkeit an der Basis zu. Ich verweise auf die Landesinitiative „Zukunft durch Innovation“. Mit zurzeit 18 gegründeten von 25 geplanten zdi-Zentren insgesamt erdet sich diese Gemeinschaftsoffensive flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen.

Wir stärken durch die Gründung von zdi-Zentren die MINT-Fächer, also die naturwissenschaftlichen Fächer, indem wir Technologien und Naturwissenschaften an die Schüler heranbringen und die Faszination von Wissenschaft herausstellen.

Wir können nicht dauern den Ingenieursmangel beklagen. Wir müssen den angehenden Ingenieurinnen und Ingenieuren auch einmal zeigen, dass unser Land Nordrhein-Westfalen ein sehr starkes Interesse an klugen Köpfen hat. Dafür veranstalten wir den Innovationstag, dafür gründen wir die zdi-

Zentren, daher sorgen wir für mehr technologieorientierten Unterricht – von den Kindergärten bis hin in die Gymnasien.

Meine Damen und Herren, diesem Zweck dient auch die Einführung des Tages der Erfindung, die unser Ministerpräsident dankenswerterweise ab dem kommenden Jahr initiiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Neuan siedlung von Forschungsinstituten und forschungsintensiven Firmen zählt mit zu den großen Innovationstreibern in unserem Land. Mir fehlt schlicht die Zeit, sie noch einmal alle aufzuzählen. Lassen sie mich aber stellvertretend ein aktuelles Beispiel herausstellen. Wenn unser Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers von seinem Besuch in China eine Vereinbarung mit dem chinesischen Telekommunikationsausrüster Huawei mitbringt, dann ist das schon ein hervorragender Erfolg. Die Tatsache aber, dass Huawei seine Europazentrale in Düsseldorf ausweiten und im kommenden Jahr ein Innovationszentrum errichten wird, ist ein Sieg im globalen Kampf um die besten Köpfe und bedeutet die Schaffung mehrerer hundert Arbeitsplätze im Hochtechnologiebereich.

(Beifall von der CDU)

Darüber hinaus legen diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen einen Schwerpunkt auf aktuelle Zukunftstechnologien. Die Cluster-Strategie sieht beispielsweise die Elektromobilität als zentrales Thema im Bereich Automotive vor. Die Ausweisung einer Modellregion und die erste bundesweite Professur für die Elektromobilität zeigen beispielhaft unsere Erfolge auf diesem Gebiet.

Herr Schultheis, im Gegensatz zu Ihnen sage ich: Die Förderung der außeruniversitären Forschungsinstitute, die sogenannte Titelgruppe 73, bleibt stabil bei 13 Millionen €. Ich weiß nicht, wo Sie Kürzungen erkennen. Die Zukunftssorge einiger Institute erweist sich damit als unbegründet.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das Ergebnis ist erbärmlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen die Eckdaten des Einzelplanes 06 – Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie – für 2010. Sie wissen, dass wir alleine die Innovationsförderung im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 % steigern. Das sind über 33 Millionen € mehr als noch in diesem Jahr.

Von den über 5,8 Milliarden € im Verfügungsbereich des Ministeriums gehen rund 626 Millionen € direkt in die Innovationsförderung. Wir haben den Etat innerhalb der letzten fünf Jahre – Sie haben es bereits gehört – von 5,1 Milliarden € auf 5,8 Milliarden € im Jahre 2010 erhöht.

Dabei haben wir von Unternehmen und Forschungsinstituten gelernt: Selbst in einer Krise lohnt es sich, in die Neuentwicklung von Produkten

zu investieren. Das heißt für uns: Selbst in einer Krise lohnt es sich, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Der Einzelplan 06 ist ein Haushalt mit nachhaltiger Wirkung, vielleicht der Haushalt, der im Hinblick auf die Wertschöpfung die größte Hebelwirkung entfalten kann. Alles, was wir hier investieren und ausgeben, bringt kurz-, mittel- und langfristig hohe Zinsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen wir noch einmal zurück zur Verleihung des Innovationspreises: Der Physiker Kai Schmidt hat seinen Preis für die Nutzbarmachung der Quantenphysik in den Computern von morgen bekommen. Danach gefragt, wie man eine solch komplizierte Materie überhaupt erklären könnte, antwortete Schmidt: Wenn Sie wissen, wie es geht, ist es eigentlich ganz einfach.

In Abwandlung dessen, was Herr Schmidt sagte, sage ich: Auch wenn es nicht ganz einfach ist, wir wissen jetzt, es geht, meine Damen und Herren, und wir werden unseren erfolgreichen Weg der Verfestigung stabiler und attraktiver Rahmenbedingungen für Forschung, Innovation und Wissenstransfer fortsetzen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun noch einmal Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pinkwart, Sie haben eben über die Steuerpolitik gesprochen und warum sie für die Familien und Menschen in diesem Land so wichtig ist. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Familien mit Kindern bezahlen sowohl Kindergartenbeiträge als auch Studiengebühren. Das müssen Sie erst einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben Ihnen, was die Studiengebühren angeht – auch das haben Sie kritisiert –, einen seriösen Vorschlag gemacht, wie man die Studiengebühren abschaffen kann, ohne für Chaos bei der Rückmeldung im nächsten Jahr zu sorgen. Das heißt, wir wollen das vernünftig auf den Weg bringen und das für das Wintersemester 2010/2011 machen. Sie haben nun die Chance, dem zuzustimmen.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen, der mir für den Haushalt sehr wichtig ist: Auch beim diesjährigen Haushalt – das möchten wir noch einmal ganz deutlich herausstreichen, weil es für uns Grüne nicht akzeptabel ist – ist wieder ein ganz deutliches Ungleichgewicht zwischen Forschung und Lehre zu erkennen. So steigen die Mittel für die Hochschulen zwar um 161 Millionen €, also um 4,1 %; ohne die Mittel für die neuen Hochschulen

wären es aber nur 102 Millionen €, also gerade einmal 2,6 %.

Die Mittel für die Forschung, die Innovationsförderung steigen jedoch wieder wesentlich stärker, nämlich um 5,6 % und damit um 33 Millionen €. Schaut man sich die anderen Fördermittel an, so steigen zum Beispiel die Mittel für die Studentenwerke nur leicht und für sonstige Institutionen werden sie lediglich überrollt, obgleich die Anforderungen mit Blick auf den Hochschulpakt und die steigenden Studierendenzahlen drastisch nach oben gehen werden.

Auf der einen Seite gibt es also keine Mehrausgaben für eine gute Lehre oder für die Sozialstruktur der Studierenden, auf der anderen Seite stellen der sogenannte Innovationsfonds und die Förderung von Innovation in Technologiefeldern eine riesige Blackbox dar, bei der nicht transparent wird, wie die Mittel zur Kofinanzierung der Ziel-2-Programme verwendet werden bzw. wie und ob sie überhaupt abgeflossen sind. Wir fordern hier – insbesondere, da es um große Summen geht – mehr Transparenz und auch mehr Ehrlichkeit. Wir erwarten, dass der Haushalt endlich einen Schwerpunkt bei der Lehre setzt und damit seiner landespolitischen Verantwortung gerecht wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In den vergangenen Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir Grüne zahlreiche Anträge gestellt, um die Qualität von Studium und Lehre an unseren Hochschulen zu stärken: Wir haben eine Exzellenzinitiative für die Lehre gefordert. Wir haben den Ausbau und die Stärkung der Hochschuldidaktik gefördert. Wir haben im Rahmen des Bologna-Prozesses den Vorschlag der Hochschulrektorenkonferenz aufgegriffen, im Zuge der Studienreform 15 % mehr finanzielle Mittel für die Lehre in den neuen Studiengängen zu investieren. Und wir haben Sie aufgefordert, den Hochschulpakt 2020 qualitativ so aufzustocken, dass uns bis 2015 die Kapazitäten für mindestens 100.000 Studienanfängerinnen und -anfänger zur Verfügung stehen.

Davon haben Sie nichts umgesetzt, weder quantitativ noch qualitativ, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb. Stattdessen haben Sie den Studierenden in die Tasche gegriffen. Verbessert hat sich dadurch nichts an den Hochschulen, sondern die Rahmenbedingungen für die jungen Menschen haben sich massiv verschlechtert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb erwarten wir von Ihnen heute endlich eine Antwort. Hören Sie auf, die Zustände an den Hochschulen schönzureden.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Nehmen Sie unsere Anregungen endlich ernst. Stimmen Sie unserem Haushaltsantrag zu und verbessern Sie endlich Studium und Lehre an den

Hochschulen! Ansonsten dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie im Mai von den Studierenden die Quittung erhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Dr. Seidl. – Herr Minister Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Seidl, weil Sie das Wort „Ehrlichkeit“ in Ihren Redebeitrag eingebaut hatten, sehe ich mich doch veranlasst, zu Ihren Ausführungen eine Klarstellung vorzutragen, und zwar in zweierlei Hinsicht.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist Ihnen in der Sondersitzung des Wissenschaftsausschusses durch die Hochschulrektorenvertreter noch einmal ausdrücklich bestätigt worden, und das ist schon wichtig.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr deutlich!)

Sie haben eben einen ganz wichtigen Satz gesagt, der im Protokoll nur unterstrichen werden kann, nämlich: Es wäre mit Einführung des Bologna-Prozesses, mit der Umstellung auf die neuen Studiengänge notwendig gewesen, die Mittel für die Hochschulen um 15 % zu erhöhen. – Jetzt frage ich Sie rhetorisch: Wann sind denn die neuen Studiengänge, wann ist denn der Bologna-Prozess in Nordrhein-Westfalen in seiner grundlegenden Einführung beschlossen worden? – Das war im Jahr 2003, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist es!)

Die Vorgängerregierung hat beschlossen, dass wir den Bologna-Prozess in Nordrhein-Westfalen wie in den anderen Ländern einführen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Gleichzeitig haben SPD und Grüne für die Hochschulen einen Pakt aufgelegt, der vorsah, 1.000 Stellen an den Hochschulen ersatzlos zu streichen. Das heißt, Sie haben den Hochschulen trotz der Umstellung auf die neuen Studiengänge nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt, sondern Sie haben ihnen noch Mittel genommen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der CDU: Genau das!)

Die neue Landesregierung ist jetzt hingegangen und hat nicht nur, was Sie angesprochen haben, die Mittel für Forschung und Innovation seit 2005 um 25 % erhöht, sondern die Hochschulen haben heute auch 25 % mehr Mittel als im Jahr 2005 zur Verfügung. Das heißt, sie haben mehr als Sie nach dem Bologna-Prozess gefordert haben und erheb-

lich mehr, als Sie ihnen zugestehen wollten, denn Sie haben Mittel gekürzt, statt sie zu erhöhen. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer Politik. Wir halten, was wir versprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das ist doch ein Hohn!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir zum Ende der Beratungen. – Nein, Herr Schultheis hat noch um das Wort gebeten. Bitte schön.

Karl Schultheis (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch zum Thema Ehrlichkeit: Herr Minister Pinkwart, Sie haben den Qualitätspakt angesprochen, den Sie als Zukunftspakt fortgeschrieben haben. Wenn Sie in Ihren Haushaltsplanentwurf schauen, werden Sie sehen, dass rund 200 Stellen in diesem Jahr durch diese Landesregierung abgesetzt werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wollten ja hier etwas zum Thema Ehrlichkeit sagen, dann seien Sie auch so ehrlich, dass Sie das, was die Vorgängerregierung als Qualitätspakt eingeführt hat, konsequent weitergeführt haben. Die zusätzlichen Finanzmittel, die Sie ansprechen – das können wir einmal gut bilanzieren – sind im Wesentlichen Mittel, die die Große Koalition in Berlin auf den Weg gebracht hat, von denen wir natürlich hier profitieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ob das der Pakt für Forschung ist, ob das die Exzellenzinitiative ist.

(Zuruf von der SPD: So viel Ehrlichkeit ist auch nicht gut!)

All das ist gut und schön, ist von SPD und CDU in Berlin auf den Weg gebracht worden und wirkt sich natürlich in Nordrhein-Westfalen aus. Rechnen Sie das Mehr an Mitteln für die Hochschulen – ich habe es Ihnen eingangs schon einmal gesagt – einmal hoch, sind das im Wesentlichen die Studiengebühren, die die jungen Menschen bzw. deren Eltern bezahlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe es jetzt in Aachen zum ersten Mal erlebt, dass nicht nur die Studierenden gegen Studiengebühren auftreten, sondern auch diejenigen, die sie in der Regel zahlen, nämlich zwei Mütter, die ganz mutig und glaubwürdig dargelegt haben, was es für sie persönlich bedeutet, diese Studiengebühren aufbringen zu müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen zum Schluss, weil Sie ja gerne so knackige Worte haben: Studiengebühren sind weniger netto vom Brutto, Herr Minister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Marc Jan Eumann [SPD]: Sehr gut!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Damit schließen wir jetzt die Rednerliste.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst ab über die Änderungsanträge entsprechend der Übersicht Nummer 21 bis 23 und anschließend über den Einzelplan:

Wer stimmt dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10245** zu? – Die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ich habe auch zugestimmt!)

– Ja, die SPD hat zugestimmt und Herr Sagel auch. – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10279**. Wer stimmt dem zu? – Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Wer stimmt dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10246** zu? – Die SPD-Fraktion und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 06. Wer der **Beschlussempfehlung** des Ausschusses **Drucksache 14/10206** zustimmt, den möchte ich um das Handzeichen bitten. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die **Beschlussempfehlung angenommen** und der **Einzelplan 06 verabschiedet**.

Ich rufe dann noch einmal den **Einzelplan 05** auf und komme zunächst zu den Einzelabstimmungen, die unter den Nummern 10 bis 20 in der Übersicht aufgeführt sind.

Ich lasse abstimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10240**. Wer stimmt dem zu? – Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10241**. Wer stimmt dem zu? – Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.